

Interpellation Hasler-Balgach / Baumgartner-Flawil / Maurer-Altstätten vom 15. Februar 2021

Corona-Folgen abfedern: Angebote für Jugendliche und Angebote für psychische, psychosoziale wie physische Gesundheit im Kanton St.Gallen wirksamer gestalten

Schriftliche Antwort der Regierung vom 4. Mai 2021

Karin Hasler-Balgach, Daniel Baumgartner-Flawil und Remo Maurer-Altstätten erkundigen sich in ihrer Interpellation vom 15. Februar 2021 nach der Bekanntheit und der Wirksamkeit der Angebote im Bereich der psychischen, psychosozialen und physischen Gesundheit. Die Regierung hat verschiedene solcher Angebote veröffentlicht, mit dem Ziel, die Folgen der Covid-19-Epidemie für die Gesundheit abzufedern.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Regierung teilt die von der Interpellantin und den Interpellanten geschilderte Besorgnis um die Auswirkungen der Corona-Massnahmen, insbesondere die Bedenken hinsichtlich der psychischen Gesundheit der Jugendlichen.

Zu den einzelnen Fragen:

1. St.Gallen gehörte zu den ersten Kantonen, die der psychischen Gesundheit einen hohen Stellenwert beimessen und entsprechende Projekte entwickelten. Die Unterstützung der Bevölkerung in dieser Hinsicht ist weiterhin sehr wichtig. Dazu gehört in erster Linie die breite Bekanntmachung bestehender Angebote in der Bevölkerung sowie unter den Fachpersonen verschiedener Bereiche. Einen Schwerpunkt bildet die Information zu niederschweligen Angeboten für Kinder und Jugendliche. Auf diesem Weg soll ihnen aufgezeigt werden, wie sie selbst ihre psychische Gesundheit positiv beeinflussen können und wann es angezeigt ist, Hilfe zu beanspruchen. Bei der Vermittlung dieser Kompetenzen spielen Bezugspersonen von Kindern und Jugendlichen eine wichtige Rolle.

Die Regierung teilt die Ansicht, dass bestehende Angebote noch besser bekannt gemacht werden müssen. Im Rahmen des Interreg-Projekts «Kinder im seelischen Gleichgewicht» bot sich dem Kanton die Möglichkeit, ein Tool für die Angebotssuche zu entwickeln. Dahinter steht das Ziel, Hilfsangebote systematisch zu erfassen, zentral zu verwalten und damit eine hohe Datenqualität zu erzielen. Bestehende Verzeichnisse werden zusammengelegt. Das «Such-Tool» wird bereits auf kantonalen Plattformen eingesetzt. Ziel ist es, das Tool zusätzlich den Gemeinden und regionalen Institutionen anzubieten, es auf deren Webseiten einzubinden und damit die Angebote der Allgemeinheit noch besser zugänglich zu machen.

Therapeutische und höherschwellige Angebote kurzfristig zu erweitern, ist nicht realisierbar. So besteht beispielsweise ein Mangel an Kinder- und Jugendpsychiaterinnen und -psychiatern oder an ausgebildeten Fachkräften, die zusätzlich eingesetzt werden könnten.

2. Massnahmen im Bereich psychische Gesundheit basieren auf Evaluationsergebnissen (z.B. Bündnis gegen Depression), der Berücksichtigung von Kenntnissen über Faktoren, die einen Einfluss auf die psychische Gesundheit haben (z.B. Gewalterfahrungen oder Abhängigkei-

ten), sowie der Orientierung an Erfahrungswissen, Good-Practice-Beispielen und Empfehlungen (z.B. pränatales Unterstützungsnetz «Muttermilch!?»). Bei den kantonalen Massnahmen werden jeweils Auswertungen durchgeführt. Aktuell läuft die Auswertung und Erneuerung der drei kantonalen Strategien im Bereich Kinder- und Jugendpolitik (Dachstrategie, Strategie Frühe Förderung, Strategie Kinderschutz). Auch findet eine laufende Prüfung im Rahmen der Aufsichtstätigkeit oder der bestehenden Leistungsvereinbarungen statt.

3. Die im Interpellationstext genannten Punkte, die diverse Aspekte der Gesundheit betreffen, stellen eine gute Übersicht hinsichtlich der aktuellen Situation dar. Sie zeigen auf, dass in vielerlei Hinsicht Handlungsbedarf besteht und bereits vieles getan wird. Erweiterter Handlungsbedarf wird aufgrund der verfügbaren Datengrundlage von den zuständigen Fachorganisationen festgestellt und gegebenenfalls angemeldet. Derzeit erfolgen Umfragen bei den relevanten Fachorganisationen, deren Ergebnisse für die Beantwortung der Interpellation 51.21.01 «Pandemie führt zu mehr Kindsmisshandlungen» verwendet werden und aus denen allfälliger Handlungsbedarf abgeleitet werden kann.

Die Regierung ist grundsätzlich daran interessiert, von bestehenden Gremien, Netzwerken, Arbeitsgruppen oder Fachstellen aktuelle Informationen zu den Entwicklungen in deren Fachgebieten zu erhalten. Diese Netzwerke und Gremien sind gerade im Bereich Kinder und Jugendliche gut etabliert. Dies gilt beispielsweise für den Bereich Frühe Förderung und reicht von der Gesundheitsförderung und Prävention bis zum Kinderschutz (z.B. Netzwerk Schulsozialarbeit, Netzwerk Kinder- und Jugendarbeit, Fachkonferenz Frühe Förderung oder die Kinderschutz-Konferenz). In der momentanen Lage werden auch auf Ebene des Kantonalen Führungsstabs (KFS) Informationen aus allen Bereichen gesammelt und die Notwendigkeit von Massnahmen laufend beurteilt. Der Bedarf nach einer besseren Zusammenführung und Strukturierung von Arbeiten verschiedener Gremien (z.B. die gemeinsame oder aufeinander abgestimmte Entwicklung von Produkten) wurde bereits vor einiger Zeit erkannt und Optimierungen wurden und werden umgesetzt.

4. Der Kanton St.Gallen verfügt seit vielen Jahren über eine Reihe von Angeboten zur Stärkung der psychischen Gesundheit der Bevölkerung. So hat er sich beispielsweise bereits 2012 bis 2015 mit der Kampagne «Bündnis gegen Depression» für das Thema stark gemacht. Heute ist der Kanton aktives Mitglied im Verein Ostschweizer Forum für Psychische Gesundheit. Die diversen Massnahmen und Projekte, wovon ein Grossteil durch Drittmittel aus Stiftungen finanziert wird, werden fortwährend an sich ändernde Bedarfslagen angepasst, breiter bekanntgemacht und weiterentwickelt. Wo nötig und möglich, wird die Angebotspalette erweitert. So wurden über die Jahre hinweg verschiedene Angebote auf- und ausgebaut, die sich bewährt haben. Dies gilt beispielsweise für die «10 + 1 Impulse für psychische Gesundheit», die auf verschiedene Alters- und Zielgruppen zugeschnitten eingesetzt werden, oder für Aktivitäten im Rahmen der Kampagne «Wie geht's dir?».

Vor kurzem wurde der zweite Vierjahresvertrag für das Kantonale Aktionsprogramm (KAP, Modul C Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen) mit der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz unterzeichnet. Gleiches gilt für weitere Kantonale Aktionsprogramme. Dank dieser Verträge kann eine Verdoppelung von kantonalen Eigenmitteln (bis zu einem Maximalbetrag) bewirkt werden. Zudem besteht, als eine Folge des «Wirkungsberichts Behindertenpolitik»¹, eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel, Massnahmen zur Senkung der Chronifizierung psychischer Erkrankungen zu erarbeiten.

5. Die Regierung anerkennt die Wichtigkeit von Massnahmen, die sich sowohl hinsichtlich der psychischen Gesundheit der Bevölkerung als auch volkswirtschaftlich positiv auswirken. Der

¹ Abrufbar unter <https://www.sg.ch/gesundheit-soziales/soziales/behinderung/behindertenpolitik.html>.

Kanton St.Gallen ist bereits sehr aktiv in dieser Thematik. Für die Regierung ist es wünschenswert, auch zukünftig einen Fokus auf diesen Bereich zu legen und angemessen in die Vorsorge und Versorgung zu investieren. Gegenwärtig gilt es, die bestehenden Mittel effektiv einzusetzen.

6. Die Regierung fördert die Optimierung von Koordination und Austausch in Gremien und Netzwerken über Fachbereiche hinweg, z.B. im Bereich der Frühen Förderung. Der Austausch über den Entwicklungsbedarf und die Zukunftsgestaltung findet in diesen Gefässen statt. Daraus hervorgehende Projekte und Massnahmen werden über die üblichen politischen Prozesse initiiert und gegebenenfalls umgesetzt.
7. Grundsätzlich war und ist es nach wie vor möglich, die Angebote für Kinder und Jugendliche sowie Familien – zumindest in eingeschränkter Form – aufrechtzuerhalten. Soweit bekannt wurde dies auch von vielen Organisationen so gehandhabt, zum Beispiel im Bereich der Schulsozialarbeit oder der Mütter- und Väterberatung. Die Fachorganisationen haben ihr Angebot den veränderten Umständen angepasst. So wurden Angebote unter Schutzvorkehrungen vor Ort durchgeführt, die telefonische oder elektronische Erreichbarkeit ausgebaut, digitale Kanäle wurden vermehrt genutzt und der proaktive Zugang auf potenziell Betroffene verstärkt. Trotz dieser Anpassungen blieben die Zugänge zu einigen Angeboten teilweise erschwert.

Unabhängig von der aktuellen Situation ist es wichtig, dass niederschwellige Zugänge zu Angeboten der Kinder- und Jugendförderung bestehen. Dies ist vor allem durch ein passendes Angebot vor Ort in den Gemeinden und Regionen möglich (zum Beispiel aufsuchende Jugendarbeit, Schulsozialarbeit oder Familienzentren). Damit können Zugänge zu weiteren Beratungs- und Unterstützungsangeboten, z.B. im Bereich des Kinderschutzes, geschaffen werden. Die Wichtigkeit der Niederschwelligkeit bestätigt auch eine Auswertung von Bevölkerungsbefragungen durch das Bundesamt für Gesundheit. Diese hat unter anderem ergeben, dass ein Drittel der Bevölkerung keine Anlaufstelle kennt, an die sie sich in Notlagen wenden kann, bei den 15- bis 25-Jährigen sind es gar 45 Prozent.²

8. Pandemiekonforme Konzepte für Sportaktivitäten und Aktivitäten für Jugendliche mit Jahrgang 2001 und jünger im öffentlichen Raum existieren bereits. Die Zulassung dieser Aktivitäten hängt jedoch von weiteren Faktoren ab, nicht zuletzt von den Vorgaben auf Bundesebene.

² Quelle: Faktenblatt Psychische Gesundheit in Zeiten von Corona, abrufbar unter https://www.bag.admin.ch/dam/bag/de/dokumente/cc/kom/faktenblatt-psychische-gesundheit-coronavirus.download.pdf/BAG_Faktenblatt_psyGes_Corona.pdf.